



Presseschau vom 13.08.2021

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondenT* und *Timer*) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Außer der Reihe – Lesetipps:

Tilo Gräser: **Mauerbau 1961: Wer die Fundamente legte und wem er nutzte**

Am 13. August 1961 hat die DDR ihre Grenze zur BRD und zu Westberlin gesichert. Später begann der Bau einer "Berliner Mauer". Die Ursachen dafür werden oft übersehen oder verschwiegen. Damit beschäftigt sich ein zweiteiliger Beitrag zum 60. Jahrestag der Ereignisse. ...

Teil 1 – Vorgeschichte: <https://kurz.rt.com/2mdn>

Teil 2 – Einleitung und Folgen des Mauerbaus: <https://kurz.rt.com/2mdv>

Tilo Gräser: **Mauerbau 1961**

Teil 1 - Wie die Alliierten die Fundamente bereits 1943 legten

<https://snanews.de/20210813/mauerbau-1961-teil-1---wie-die-alliierten-die-fundamente-bereits-1943-legten-3175963.html>

Teil 2 - Gefährliche Konfrontation statt Friedensvertrag

<https://snanews.de/20210813/mauerbau-1961-teil-2---gefaehrliche-konfrontation-statt-friedensvertrag-3175520.html>

Teil 3 – Westen setzt sich durch – Mauer verhindert Atomkrieg

<https://snanews.de/20210813/mauerbau-1961-westen-mauer-3174775.html>

Seyed Alireza Mousavi: **Nach US-Rückzug aus Afghanistan: Massive geopolitische**

Verschiebungen im Nahen Osten

Die Taliban rücken weiter auf Kabul vor. Die US-Regierung zeigt sich von der jüngsten Entwicklung unbeeindruckt, da die Folgen des raschen Abzugs für die Region ein bewusstes Kalkül der USA sind, um damit Rivalen zu schwächen. Mit dem Rückzug der USA aus dem Nahen Osten wird unter anderem der Spielraum für neue Akteure in der Region größer. ...
<https://kurz.rt.com/2mdg>

Liudmila Kotlyarova: „Chaos erzeugen“: DGAP will Moskaus (und Pekings) Pläne für Bundestagswahl enttarnt haben

In einem Bericht für die Deutsche Gesellschaft für die Auswärtige Politik (DGAP) warnen die Autoren Didi Kirsten Tatlow und Dr. András Rácz vor angeblicher Einmischung Russlands und Chinas im Vorfeld der Bundestagswahl. Sie wollen die bössartigen Pläne entlarvt haben, ohne sich dabei auf konkrete Hinweise oder Papiere zu stützen. ...
<https://snanews.de/20210813/dgap-moskau-bundestagswahl-3207663.html>

abends/nachts:

snanews.de: Spionageverdacht: Russische Botschaft in London äußert sich zur Festnahme in Potsdam

Der russische Botschafter in London hat darauf hingewiesen, dass die britische Regierung bisher keinen Kontakt zur russischen Botschaft im Fall eines Briten aufgenommen hat, der am Dienstag in Potsdam wegen Verdachts auf Spionage für einen russischen Geheimdienst festgenommen wurde.

Die Bundesanwaltschaft teilte am Mittwoch mit, einen Mitarbeiter der britischen Botschaft in Berlin im brandenburgischen Potsdam wegen Verdachts auf die Zusammenarbeit mit einem russischen Nachrichtendienst festgenommen zu haben. Der britische Staatsangehörige soll spätestens seit November 2020 wichtige Unterlagen aus der Botschaft gegen Geld an die Russen weitergegeben haben.

Der russische Botschafter in London, Andrej Kelin, sagte diesbezüglich, dass die britischen Behörden bisher keinerlei Kontakt zur russischen Botschaft in dieser Sache aufgenommen hätten. „Es gab bisher keinerlei Anfragen dazu.“

Ohnehin verfüge die russische Botschaft in London über keinerlei Auskünfte zur angeblichen Zusammenarbeit des britischen Staatsbürgers mit dem russischen Nachrichtendienst. „Wir haben keine Informationen dazu. Ich habe davon aus den Zeitungen erfahren“, so der russische Botschafter.



https://cdn.snanews.de/img/07e5/08/09/3147586_0:199:2934:1849_1920x0_80_0_0_52be7b91db63bf5d9c8c0ac9e2d24faf.jpg

de.rt.com: **Vormarsch der Taliban: USA ziehen Diplomaten aus Afghanistan ab**

Wegen der verschärften Bedrohungslage in Afghanistan schicken die USA 3.000 Soldaten, um die Reduzierung der Personals in der US-Botschaft in Kabul abzusichern. Die US-Botschaft in Afghanistan empfiehlt zugleich allen US-Bürgern eine sofortige Ausreise.

Pentagon-Pressesprecher John Kirby sagte, "wir glauben, dass dieser Schritt angesichts der sich schnell verschlechternden Sicherheitslage in und um Kabul umsichtig ist." Kirby sagte, die Mission sei es, die Präsenz von Zivilpersonal in der US-Botschaft in Kabul bis Ende des Monats zu reduzieren. Er sagte, er würde nicht spekulieren, wie der militärische "Fußabdruck" in Afghanistan über den 31. August hinaus aussehen würde.

Der Sprecher des Außenministeriums, Ned Price, sagte zugleich, die Botschaft werde sich weiterhin auf die "Terrorismusbekämpfung, die Förderung von Frieden und Sicherheit und konsularische Arbeit" konzentrieren, insbesondere auf die Erleichterung spezieller Einwanderungsvisa (SIVs) für Afghanen, die dem US-Militär geholfen hätten. Price betonte auch, dass US-Truppen ausschließlich da seien, um dem Botschaftspersonal zu helfen, das Land sicher zu verlassen. "Es geht nicht darum, sich wieder in den militärischen Konflikt in Afghanistan einzumischen."

Price weigerte sich Abzug von Diplomaten als eine mögliche Evakuierung der US-Botschaft in Kabul einzustufen. Es gehe darum, die Reduzierung des US-Botschaftspersonals zu unterstützen.

Die US-Botschaft in Afghanistan empfahl am Donnerstag allen US-Bürgern, das Land "sofort zu verlassen". Wenn ein US-Bürger sich im Augenblick außerstande sehe, ein Flugticket zu erwerben, solle er sich unmittelbar an die US-Botschaft wenden. Die Botschaft konstatierte aber, ihre aktuelle Fähigkeit zur Hilfestellung beschränke sich auf den Raum Kabul und sei auch dort nur "extrem limitiert".

Die Lage in Afghanistan verschärft sich weiter, nachdem die Taliban mit der Einnahme der Stadt Ghazni am Donnerstag die zehnte von 34 Provinzstädten binnen einer Woche eroberten. Ghazni ist durch seine Nähe zur afghanischen Hauptstadt Kabul und die Verkehrsanbindung von strategisch wichtiger Bedeutung. Am Mittwoch hatte es Berichte gegeben, dass US-Geheimdienste davon ausgingen, Kabul werde in 30 bis 90 Tagen fallen.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.08/article/61157981b480cc5d9d2f50b1.JPG>

snanews.de: **Konstrukteur von Hyperschallsystemen in Russland festgenommen – Hochverrat im Verdacht**

Ein Konstrukteur von Hyperschallsystemen ist am Donnerstag von einem Moskauer Stadtbezirksgericht wegen Verdachts auf Hochverrat verhaftet worden, teilte die Pressesprecherin des Gerichts, Anastassija Romanowa, mit.

Der Mann habe den Status eines Verdächtigen. Weitere Details würden nicht preisgegeben, denn der Fall sei als „streng geheim“ eingestuft, hieß es.

Der Name und Nachname des vorerst in zweimonatige U-Haft genommenen Verdächtigen stimmen mit denen des Generaldirektors und Chefkonstruktors des Forschungs- und Produktionsbetriebes für Hyperschallsysteme NIGPS überein – Alexander Kuranow. Auf der Homepage von NIGPS heißt es unter anderem, dass Kuranow dessen Generaldirektor und Chefkonstrukteur sei. Er sei ein Spezialist im Bereich der Plasmaphysik und -chemie. Kuranow sei Mitglied mehrerer internationaler Fachverbände und arbeite auch in Auftrag einiger Länder.

Den Angaben nach organisiert Kuranow seit Jahren in St. Petersburg das russisch-amerikanische internationale Symposium „Thermochemische und Plasmaprozesse in der Aerodynamik“. Er ist Autor von rund 120 wissenschaftlichen Arbeiten, darunter von mehreren Patenten.

Russischen Medienberichten zufolge soll der Mann „vertrauliche Informationen“ über seine wissenschaftlichen Entwicklungen an einen Ausländer weitergegeben haben. Er solle unter anderem an der Entwicklung des Hyperschallflugzeugs vom Typ „Ajax“ mitgewirkt haben, an dem auch die USA und China Interesse gezeigt hätten.



https://cdn.snnews.de/img/07e5/03/1f/1509492_0:91:1281:811_1920x0_80_0_0_4aff6ff8842cc82304053379602789bc.jpg

vormittags:

de.rt.com: USA fordern Freilassung des in China wegen Spionage verurteilten Kanadiers

Washington hat die "sofortige und bedingungslose" Freilassung des in China wegen angeblicher Spionage verhafteten kanadischen Geschäftsmanns Michael Spavor gefordert. Dieser wurde am Mittwoch zu elf Jahren Haft verurteilt.

In einer Erklärung vom Mittwoch beschuldigte US-Außenminister Antony Blinken China, Spavor "willkürlich" verhaftet zu haben, um "Druckmittel auf ausländische Regierungen auszuüben". Er betonte:

"Menschen sollten niemals als Druckmittel benutzt werden."

Spavor wurde unter dem Vorwurf der Spionage zu elf Jahren Gefängnis verurteilt. In einer Erklärung zum Urteil verkündete das Gericht, er habe "illegal Staatsgeheimnisse weitergegeben".

Der kanadische Premierminister Justin Trudeau hatte zuvor die Verhaftung und den Prozess verurteilt, der seiner Meinung nach "nicht einmal den vom internationalen Recht geforderten Mindeststandards" entsprach. Kanada bemüht sich um die Freilassung von Spavor sowie von Michael Kovrig, einem weiteren Geschäftsmann, der in China wegen Spionageverdachts verhaftet wurde.

Die Festnahme der beiden Männer im Jahr 2018 folgte auf die Inhaftierung einer

Führungskraft des in China ansässigen Unternehmens Huawei, Meng Wanzhou, der die US-Behörden vorwerfen, gegen die US-Handelssanktionen mit Iran verstoßen zu haben. Meng hat jegliches Fehlverhalten bestritten. Kanada hat die Verhaftungen seiner Bürger als wahrscheinliche Vergeltung für die rechtlichen Probleme der Huawei-Führungskraft bezeichnet. Washington bemüht sich derzeit um ihre Auslieferung an die USA. Die Verurteilung Spavors zu elf Jahren Haft erfolgte, nachdem ein chinesisches Gericht das Todesurteil gegen Robert Schellenberg, einen anderen kanadischen Staatsbürger, der 2014 wegen Drogenhandels angeklagt worden war, verkündet hatte. Ursprünglich zu einer 15-jährigen Haftstrafe verurteilt, drohte Schellenberg im Januar 2019 die Todesstrafe, was nach Ansicht von Kritikern ebenfalls eine Vergeltungsmaßnahme für Wanzhou sein könnte. Die kanadische Regierung verurteilte die Todesstrafe als "grausam und unmenschlich". Dominic Barton, Kanadas Botschafter in China, hat die Fälle aller drei kanadischen Staatsbürger in öffentlichen Erklärungen miteinander in Verbindung gebracht und behauptete, die Verhaftungen seien "Teil des geopolitischen Prozesses". Er hob diese Woche gegenüber Reportern hervor:

"Ich glaube nicht, dass es ein Zufall ist, dass dies gerade jetzt passiert, da sich die Ereignisse in Vancouver weiterentwickeln."

Blinken seinerseits warf China in Bezug auf die Fälle einen "Mangel an Transparenz" vor und behauptete, keiner der Angeklagten habe den "minimalen Verfahrensschutz" erhalten. Die Huawei-Führungskraft Meng Wanzhou muss sich in den kommenden Wochen einer richterlichen Entscheidung über eine mögliche Auslieferung an die USA stellen. Ihre Anwälte haben sich vehement dagegen ausgesprochen und die Verhaftung und Anklage als politisch motiviert bezeichnet.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.08/article/6114d18db480cc7075491cb5.JPG>

Telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 12. August 2021 wurde eine Verletzung des Regimes der Feueinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

Beschossen wurde **Kalinowka** unter Einsatz von Granatwerfern (zwei Schüsse). Informationen über Verletzte unter der Zivilbevölkerung und Zerstörungen werden noch ermittelt.

de.rt.com: **DVV International stellt Arbeit in Weißrussland ein**

Die Auslandsabteilung des Deutschen Volkshochschul-Verbandes DVV schließt ihre Repräsentanz in Weißrussland. Grund sei die Verweigerung einer Verlängerung der Tätigkeitserlaubnis. Das Bildungszentrum hatte sich der Weiterbildung für Erwachsene gewidmet.

Am 11. August hat die Auslandsabteilung des Deutschen Volkshochschul-Verbandes DVV auf ihrer Website mitgeteilt, dass das Büro in Weißrussland geschlossen wird. Dem Bildungszentrum sei die Verlängerung der Erlaubnis zur Arbeit im Land verwehrt worden. Auf der Webseite steht:

"Wir haben eine Verweigerung der Verlängerung der Aktivitätserlaubnis erhalten und waren gezwungen, den Prozess der Schließung der Repräsentanz einzuleiten."

DVV International arbeitete seit 12 Jahren in Weißrussland. Auf der Webseite heißt es weiter, DVV verteidige das Recht auf Bildung für verschiedene Zielgruppen, strebe nach Erwachsenenbildung für das Gemeinwohl, förderte die Idee von Lerngemeinschaften und Städtepartnerschaften, unterstützte Volkshochschulen, helfe bei der Umsetzung von Miniprojekten in Städten und Dörfern und arbeite mit Organisationen der Regierung und dem öffentlichen Sektor zusammen.

Gleichzeitig stellte DVV International fest, dass sie gemeinsam mit Partnern 15 große Projekte umgesetzt und viele kleine Projektinitiativen unterstützt hatten. Darüber hinaus veranstaltete und unterstützte das Bildungszentrum rund 1.000 Veranstaltungen, an denen mehr als 30.000 Menschen teilgenommen hätten, und brachte auch rund vier Millionen Euro nach Weißrussland.

Der Verband versicherte auch, mit älteren Menschen, Dorfbewohnern, mit verurteilten und freigelassenen Menschen, mit behinderten Menschen und vielen anderen gearbeitet zu haben. Laut DVV International strebe man danach, dass jeder die Möglichkeit habe, eine berufliche Fortbildung zu erhalten, formale oder informell.

Darüber hinaus habe das Bildungszentrum mehr als 50 Publikationen veröffentlicht und Hunderte von historischen Aufsätzen von Schülern und Studenten aus verschiedenen Teilen Weißrusslands erhalten. Der Verband stellte fest, dass mit ihrer Unterstützung Häftlinge in Weißrussland die Möglichkeit hatten, in den Gefängnissen eine höhere Bildung zu erhalten, und dass die Stadt Witebsk dem UNESCO Global Learning Cities Network beigetreten sei.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.08/article/61153c6ab480cc3384391387.jpg>

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feueinstellung für den Zeitraum vom 12. August 3:00 Uhr bis 13. August 3:00 Uhr

In den letzten 24 Stunden hat die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination eine Verletzung des unbefristeten Regimes der Feueinstellung von Seiten der BFU mitgeteilt.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen:

Es folgt eine genaue Auflistung der eingesetzten Waffensysteme (Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befand sich **Gorlowka (Siedlung des Gagarin-Bergwerks)**.

Die Versuche der DVR, im GZKK den Koordinationsmechanismus zur operativen Herstellung von Ruhe zur Verletzung des Regimes der Feuereinstellung einzusetzen wurden von der ukrainischen Seite im GZKK ignoriert. Auf unsere Anfragen kam unverändert die Antwort: Wir bestätigen den Beschuss nicht, wir halten das Regime der Feuereinstellung ein. Opfer unter den friedlichen Bürgern und Schäden an ziviler Infrastruktur wurden im Berichtszeitraum nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den BFU abgefeuerten Geschosse beträgt 2.

In den vorangegangenen 24 Stunden wurden vier Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU festgestellt.

de.rt.com: **Libyen-Konflikt: US-Botschafter in Libyen trifft sich mit General Haftar**

Der US-Botschafter in Libyen hat sich mit General Chalifa Haftar getroffen, nachdem dieser angekündigt hatte, dass seine Streitkräfte sich keiner nicht vom Volk gewählten staatlichen Autorität unterwerfen würden. Am 24. Dezember sollen die libyschen Präsidentschafts- und Parlamentswahlen stattfinden.

Der US-Botschafter in Libyen Richard Norland traf sich am 11. August inmitten internationaler Bemühungen, einen von den Vereinten Nationen vermittelten Fahrplan für Wahlen in dem nordafrikanischen Land noch in diesem Jahr zu retten, mit dem faktisch im Nordosten Libyens herrschenden General Chalifa Haftar berichtet AP.

Norland traf sich in der ägyptischen Hauptstadt Kairo mit Haftar. Das Treffen war Teil der Bemühungen der USA, die libyschen Parlaments- und Präsidentschaftswahlen im Dezember zu unterstützen, teilte die US-Botschaft mit.

"Die Vereinigten Staaten unterstützen das Recht des libyschen Volkes, seine Oberhäupter durch einen offenen demokratischen Prozess auszuwählen, und fordern Schlüsselfiguren auf, ihren Einfluss in dieser kritischen Phase zu nutzen, um das Beste für alle Libyer zu tun", hieß es in der Erklärung der US-Botschaft nach dem Treffen Norlands und Haftars.

Das Treffen fand im Zuge wachsender Spannungen zwischen Haftar und der neuen Übergangsregierung statt. Haftar gab Anfang dieser Woche die Beförderung von Offizieren bekannt, ohne den regierenden Präsidialrat zu konsultieren. Sein Militär werde sich keiner Autorität unterwerfen außer einer vom Volk gewählten, sagte Haftar seinen Truppen am Montag bei einer Zeremonie zur Feier der Gründung des libyschen Militärs. Der Vorsitzende des Rates dient als Oberbefehlshaber des zersplitterten Militärs Libyens.

Der langjährige Machthaber Muammar al-Gaddafi war 2011 durch eine NATO-Intervention gestürzt worden. Das Land versank daraufhin in Chaos und Bürgerkrieg. Sklaven-, Drogen-, Waffen- und Menschenhandel florieren seither in Libyen. Die libysche Übergangsregierung ist seit März 2021 im Amt. Sie löste offiziell die Regierung mit Sitz in Tripolis sowie die Gegenregierung mit Sitz im Osten des Landes ab. Im März beauftragte das libysche Parlament Premierminister Abdul Hamid Dbeiba damit, die Übergangsregierung bis zu den Wahlen im Dezember zu führen. Am 24. Dezember sollen die libyschen Präsidentschaftswahlen stattfinden. Ob die Wahlen dann jedoch wie geplant stattfinden können, ist derzeit unklar.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.08/article/61156ed148fbef3f1f4f5e99.jpg>

Lug-info.com: In der LVR sind am 13. August um 9:00 Uhr 7643 Fälle von Coronavirusinfektion registriert und bestätigt.
Davon wurden bis 6017 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen.
Seit Beginn der Pandemie gibt es 695 Todesfälle.

snanews.de: **Lage in Afghanistan: Taliban nehmen Kandahar und Laschkargah ein**

Die Taliban-Bewegung hat laut internationalen Nachrichtenagenturen die Hauptstadt Laschkargah (auch Laschkar Gah) der afghanischen Provinz Helmand erobert. Zuvor brachten die Kämpfer die zweitgrößte Stadt des Landes, Kandahar, unter ihre Kontrolle.

AFP meldete am Freitagmorgen unter Berufung auf eine Sicherheitsquelle, dass die Taliban die wichtige Stadt Laschkargah im Süden Afghanistans eingenommen hätten.

Die Information wurde von zwei Provinzräten gegenüber DPA bestätigt. Auch der Sprecher der Bewegung, Zabihullah Mujahid, bestätigte via Twitter die Besetzung der Stadt. Laut seinen Angaben wurden unter anderem das Gouverneursbüro und der Polizeistab eingenommen.

Zuvor hatten internationale Nachrichtenagenturen gemeldet, dass die Taliban die zweitgrößte afghanische Stadt Kandahar erobert hätten. Dies ereignete sich demnach am Donnerstagabend. Der Taliban-Sprecher bestätigte auch die Einnahme der Stadt und teilte mit, dass sie das Gouverneursbüro, den Stab der Sicherheitskräfte sowie hinterlassene Waffen, Munition und Transportmittel unter ihre Kontrolle gebracht hätten.

Am Donnerstag war berichtet worden, dass die Taliban-Kämpfer die drittgrößte Stadt Herat besetzt hätten.

In den vergangenen Monaten hat sich die Konfrontation zwischen den Regierungskräften und den Taliban verschärft. Das geschieht vor dem Hintergrund des US-Truppenabzugs aus dem Land, den das russische Außenministerium als Einsicht dafür bewertet, dass die Mission gescheitert sei.

Die Militanten haben bereits weite Gebiete des Landes besetzt und eine Offensive gegen größere Städte eingeleitet. Sie wollen seit Ende vergangener Woche Verwaltungszentren in zwölf der insgesamt 34 Provinzen eingenommen haben.



https://cdn.snnews.de/img/07e5/07/0f/2843802_0:151:2982:1828_1920x0_80_0_0_b8d957cd846af2ff68d7e79f4ae43199.jpg

Mzdnr.ru: Am 12. August wurden in der DVR 679 Tests auf Coronavirusinfektion durchgeführt davon waren 247 positiv, bei 88 Patienten wurde die Diagnose Covid-19 klinisch gestellt.

Am 13. August um 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 51.555 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

5264 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 42.493 als gesund entlassen, es gibt 3798 Todesfälle.

In den letzten 24 Stunden wurden 177 Fälle von Lungenentzündung entdeckt, 19 weniger als am vorangegangenen Tag. Davon wurden 99 ins Krankenhaus eingewiesen. Insgesamt sind 2026 Personen mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 781 mit Sauerstoffunterstützung (+62 in den letzten 24 Stunden).

Insgesamt wurden seit dem 18. März 2021 2243 Patienten entdeckt, die bereits eine Covid-19-Erkrankung durchgemacht hatten.

de.rt.com: **Ukraine schickt 38 Tonnen Stacheldraht als "humanitäre Hilfe" zur Flüchtlingsabwehr nach Litauen**

Die Ukraine hat mehr als 38 Tonnen Stacheldraht nach Litauen geschickt. Grund sind illegale Grenzübertritte von mehrheitlich irakischen Migranten von Weißrussland in das baltische EU-Land. Nach Angaben des ukrainischen Zivilschutzdienstes solle die Lieferung helfen, die Grenzen zu sichern.

Litauen kämpft seit Wochen mit einem verstärkten Andrang von Migranten vor allem aus dem Nahen Osten über die Grenze zu Weißrussland. Allein in diesem Jahr zählte das EU-Land nach eigenen Angaben mehr als 4.000 illegale Grenzübertritte. In der Nacht zu Mittwoch stimmte das litauische Parlament daher für den Bau eines Grenzzauns. Als humanitäre Hilfe schickte die Ukraine nun mehr als 38 Tonnen Stacheldraht nach Litauen.

Der ukrainische Zivilschutzdienst veröffentlichte Bilder von Stacheldrahtspulen, die auf Lastwagen geladen wurden. Zwei weitere Lieferungen sollen voraussichtlich im September verschickt werden.

Der ukrainische Außenminister Dmitri Kuleba sagte im Juli, dass Kiew Hilfe benötigt werde, weil Litauen "mit einer beispiellosen Migrationskrise konfrontiert" sei, aber nicht über genügend Stacheldraht verfüge.

Wie diese Woche außerdem bekannt wurde, soll das EU-Land 36,7 Millionen Euro erhalten. Die von der EU-Kommission genehmigten Notfallhilfen aus dem Fonds für Asyl, Migration und Integration sollen für Aufnahmeeinrichtungen, medizinische Versorgung, Corona-

Quarantäneräume sowie Kleidung und Essen genutzt werden.

Der weißrussische Präsident Alexander Lukaschenko hatte Ende Mai angekündigt, dass Minsk Migranten nicht mehr an der Weiterreise in die EU hindern werde. Damit reagierte der 66-Jährige auf verschärfte westliche Sanktionen gegen sein Land.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.08/article/61161471b480cc3a217c0603.jpg>

nachmittags:

snanews.de: **Putin und Merkel werden am 20. August Verhandlungen in Moskau führen**
Russlands Präsident Wladimir Putin wird am 20. August in der russischen Hauptstadt mit Bundeskanzlerin Angela Merkel zusammenkommen. Dies gab der Kreml-Pressedienst am Freitag bekannt.

Es ist geplant, den Stand und die Perspektiven für die Entwicklung der bilateralen Zusammenarbeit in verschiedenen Bereichen zu besprechen. Außerdem soll eine Reihe aktueller internationaler und regionaler Fragen behandelt werden.

Kurz davor hatte Regierungssprecher Steffen Seibert erklärt, dass Merkel am nächsten Freitag in die russische Hauptstadt reise. Einzelheiten des Programms würden Anfang der Woche bekanntgegeben, erläuterte er.

„Ganz offensichtlich wird sie den Staatspräsidenten treffen.“

Nach dem Moskau-Besuch hat die Bundeskanzlerin demnach vor, in die Ukraine zu reisen. Zum letzten Mal hatte Merkel im Januar 2020 Russland besucht. Die damaligen Gespräche in Moskau dauerten mehr als 3,5 Stunden.

Die baldige Reise nach Moskau wird offenbar der letzte Russland-Besuch der scheidenden Bundeskanzlerin sein. In Deutschland findet am 26. September die Wahl zum 20. Deutschen Bundestag statt.



https://cdn.snaneews.de/img/07e5/08/0d/3206643_0:0:2415:1358_1920x0_80_0_0_03806687259a12450f98e778c21741ff.jpg

dnr-sckk.ru: Offizieller Kommentar des Vertreters der DVR im der Arbeitsgruppe zu Fragen der Sicherheit Alexej Nikonorow

Die Vertreter der Ukraine unterlassen die Versuche nicht, sich in den Augen der Weltöffentlichkeit als besorgt um die Eskalation an der Kontaktlinie, die sie selbst organisieren, darzustellen. Schon zum zweiten Mal tritt Kiew mit einer „Friedensinitiative“ zur Einberufung einer außerordentlichen Sitzung der Arbeitsgruppe zu Fragen der Sicherheit im Rahmen einer Videokonferenz auf und begründet seinen Vorschlag mit einem angeblich möglichst schnell zu fassenden Beschluss zur Rückkehr zu einem unbedingten Regime der Feueinstellung.

Dies geschieht vor dem Hintergrund dessen, dass die Ukraine schon seit mehr als neun Monaten bei allen Sitzungen, sowohl ordentlichen als auch außerordentlichen, ein vollständiges Fehlen von Interesse an Arbeitsergebnissen demonstriert und insbesondere unsere sachbezogenen schriftlichen Vorschläge zur Inbetriebnahme des im Juli des letzten Jahres und von Kiew sabotierten Mechanismus zur bilateralen Zusammenarbeit zur Reaktion auf Verstöße und deren Verifikation blockiert.

Dabei geht der Beschluss von ukrainischer Seite weiter. Wir erinnern daran, dass seit der letzten derartigen Initiative zur Einberufung einer außerordentlichen Sitzung, seit dem 28. Juli, aufgrund des Feuers der BFU im Süden der DVR eine Zivilistin starb und ein Mann verletzt wurde, es starben zehn Verteidiger der Republik, 22 Wohnhäuser wurden beschädigt. Wie zuvor halten wir die jetzige Initiative der ukrainischen Seite für einen sinnlosen Versuch, den Anschein von eifriger Aktivität zu erzeugen, wobei ausgenutzt wird, dass wir weiter alle erreichten Vereinbarungen einhalten.

Aber die Einwohner der frontnahen Bezirke kann man mit solchen Verhandlungssaltos nicht zum Narren halten. Sie hören und sehen jeden Tag, wer schießt und von wo. Wenn die ukrainische Seite also wirklich Frieden will, so soll sie einfach zur genauen Einhaltung der Vereinbarungen zurückkehren und aufhören auf die Zivilbevölkerung zu schießen.

snaneews.de: Visum nicht verlängert: BBC-Korrespondentin muss Russland verlassen – Berichte

Die britische Korrespondentin Sarah Rainsford muss Russland nach Berichten mehrerer Medien bis zum 31. August verlassen, weil ihr Russland-Visum nicht verlängert wurde. Damit reagieren russische Behörden den Berichten zufolge auf die Schikanierung russischer Journalisten in Großbritannien.

Die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, schrieb dazu auf

Telegram, man habe den Vertretern des britischen Senders „alles genau erklärt“. Moskaus wiederholte Mahnungen seien nicht beachtet worden.

Sacharowa sprach von Schikanen gegenüber russischen Journalisten in Großbritannien und einem „Visa-Mobbing“ in London. Damit bezog sich die Ministeriumssprecherin auf die Weigerung der britischen Regierung, dem russischen Fernsehsender RT eine Lizenz zu erteilen, und auf den „ständigen Druck“, dem die Mitarbeiter „vieler anderer russischer Medien“ in Großbritannien ausgesetzt seien. 2019 hatte London russischen Korrespondenten die Ausstellung bzw. Verlängerung von Visa verweigert.

Rainsford ist derzeit eine von zwei BBC-Korrespondenten in Moskau. Ihr aktuelles Visum endet am 31. August. Die Journalistin hatte zuvor auch in Istanbul, Madrid und Havanna gearbeitet. Die BBC hat den Fall bisher nicht kommentiert.



https://cdn.snaneews.de/img/07e5/08/0d/3210797_0:160:3073:1888_1920x0_80_0_0_5e08e49e18283201fb5cbce89fa5c48f.jpg

snaneews.de: **Vormarsch der Taliban: Deutschland reduziert Botschaftspersonal in Kabul deutlich**

Als Konsequenz aus dem Vormarsch der radikal-islamistischen Taliban in Afghanistan hat die Bundesregierung laut Außenminister Heiko Maas beschlossen, das Personal der deutschen Botschaft in Kabul auf das „absolute Minimum“ zu reduzieren.

Es werde dazu sofort ein Unterstützungsteam in die afghanische Hauptstadt geschickt, sagte Maas am Freitag im baden-württembergischen Denzlingen.

Die Botschaftsmitarbeiter würden mit Chartermaschinen ausgeflogen, so Maas weiter. Darin würden auch afghanische Ortskräfte, die früher für die Bundeswehr oder Bundesministerien gearbeitet haben oder heute noch für sie arbeiten, ausgeflogen. Zwei Charterflüge waren dafür bis Ende des Monats geplant. Diese würden nun vorgezogen, sagte Maas. Er bekräftigte, dass die Visaerteilung für die Ortskräfte in Deutschland erfolgen werde, um den Prozess zu beschleunigen.

„Alle weiteren Maßnahmen werden wir mit unseren internationalen Partnern in den nächsten Tagen abstimmen“, sagte Maas.

Er rief alle Deutschen auf, das Land sofort zu verlassen. Eine hohe zweistellige Zahl deutscher Staatsbürger sind noch im Land.

Die Beschlüsse wurden vom Krisenstab der Bundesregierung gefasst, der am Freitag angesichts der dramatischen Lage in Afghanistan zusammengekommen war.

Die USA hatten bereits am Donnerstag die Reduzierung ihres Botschaftspersonals und die Entsendung von rund 3000 zusätzlichen Soldaten an den Flughafen in Kabul angekündigt. Ein Sprecher des Bundesverteidigungsministeriums schloss nicht aus, dass auch

Bundeswehrsoldaten zur Absicherung einer Rückholaktion zum Einsatz kommen könnten. Die Bundeswehr halte Kräfte bereit, die „im Falle eines Falles zur Verfügung stehen“, sagte er.



https://cdn.snnews.de/img/07e5/08/0d/3212405_0:160:3073:1888_1920x0_80_0_0_a6976293d6750c2c9993b970964acda5.jpg

armiyadnr.su: **Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR über die Situation an der Kontaktlinie vom 7. bis 13. August 2021**

In den letzten 24 Stunden wurde eine Verletzung des zweiten Punkts des Komplexes von Zusatzmaßnahmen zur Kontrolle der Einhaltung des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der ukrainischen Kämpfer festgestellt.

In Richtung Gorlowka haben Kämpfer der 10. Brigade die **Siedlung des Gagarin-Bergwerks** in Gorlowka mit Antipanzergrenatwerfern beschossen.

Der Verstoß wurde operativ den Vertretern der ukrainischen Seite im GZKK zur Kenntnis gegeben, um rechtzeitig Maßnahmen gegen die an der Verletzung des Waffenstillstands Schuldigen zu ergreifen und die Fälschung von Daten über Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der ukrainischen Kämpfer zu verhindern.

Der Versuch der Vertretung der DVR im GZKK, den Koordinationsmechanismus zur operativen Herstellung von Ruhe einzusetzen, wurden von der ukrainischen Seite im GZKK ignoriert.

In der letzten Woche wurden insgesamt 25 Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der ukrainischen bewaffneten Formationen festgestellt. Der Gegner hat Ortschaften der Republik unter Einsatz von Mörsern des Kalibers 120mm und 82mm, verschiedenen Arten von Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.

Unter Beschuss von Seiten des Gegners befanden sich **14 Ortschaften** der Republik: Kominternowo, Luganskoje, Wesjoloje, Leninskoje, Bajrak, Jasinowataja, Sachanka, Besymennoje, Oserjanowka, Staromichajlowka, das Gebiet des Flughafens von Donezk, die Siedlungen des Gagarin-Bergwerks, des Trudowskaja-Bergwerks und des Bergwerks 6/7 in Gorlowka.

Infolge von Beschuss durch Kämpfer der 28. Brigade auf die Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks wurde ein Wohnhaus beschädigt:

Karnawalnaja-Straße 74.

Die Verstöße wurden operativ den Vertretern der ukrainischen Seite im GZKK zur Kenntnis gegeben, um rechtzeitig Maßnahmen gegen die an der Verletzung des Waffenstillstands Schuldigen zu ergreifen und die Fälschung von Berichtsdaten über Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der ukrainischen Kämpfer zu verhindern.

Die Versuche der Vertretung der DVR im GZKK, den Koordinationsmechanismus zur operativen Herstellung von Ruhe einzusetzen, wurden von der ukrainischen Seite im GZKK ignoriert.

Die Materialien zu allen Verbrechen und Fällen von Beschuss von Seiten der BFU wurden den Vertretern der internationalen Organisationen, die sich in der Republik befinden, sowie der Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Materialien der Strafverfahren gegen die ukrainischen Kommandeure hinzuzufügen.

Im Zusammenhang mit den erfolglosen Versuchen, den Koordinationsmechanismus zur Feueereinstellung von Seiten der BFU einzusetzen, zum Schutz von Leben und Gesundheit der Bevölkerung der Republik **waren die Einheiten der Volksmiliz der DVR gezwungen**, entsprechend Punkt „e“ und „d“ der Maßnahmen zur Verstärkung des Regimes der Feueereinstellung ein mal **das Feuer mit nicht von den Minsker Vereinbarungen verbotenen Waffen zur Unterdrückung der Feueraktivität des Gegners zu erwidern**. Nach unseren Informationen betrug die Verluste der ukrainischen Kämpfer einen Toten und einen Verletzten.

Beobachter der OSZE-Mission haben bestätigt, dass in Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen 56 Stück **Waffen und Militärtechnik der ukrainischen Streitkräfte in der Nähe von Wohnhäusern und kommunalen Objekten** in 17 von ihnen kontrollierten Ortschaften stationiert sind.

Aus dem Bestand der 10. Gebirgssturmbrigade:

ein Schützenpanzer in der Nähe von Wohnhäusern in Nowoluganskoje, zwei Schützenpanzerwagen in Wohngebieten von Nowgorodskoje und Jurjewka; acht gepanzer Aufklärungs- und Spähfahrzeuge in der Nähe von Wohnhäusern in Walentinowka.

Aus dem Bestand der 72. mechanisierten Brigade:

zwei Abwehrgeschützen SRK „Osa“ in einem Wohngebiet von Kalinowo und ein Panzer in der Nähe von Wohnhäusern in Orlowka und Wesjoloje;

neun Luftlandeschützenpanzer und zwei Schützenpanzerwagen in einem Wohngebiet von Bogdanowka;

acht T-64-Panzer in der Nähe von Timofejewka;

ein Abwehrgeschütz SU-23 in einem Wohngebiet von Awdejewka.

Aus dem Bestand der 128. Gebirgssturmbrigade:

zwei Abwehrgeschütze „Osa“ in der Nähe von Wohnhäusern in Kasjanowka.

Aus dem Bestand der 93. mechanisierten Brigade:

zwei Schützenpanzerwagen in Wohngebieten von Mirnoje und Bogdanowka;

fünf Schützenpanzer in einem Wohngebiet von Olginka;

ein Schützenpanzer in Granitnoje.

Aus dem Bestand der 28. mechanisierten Brigade:

zwei Schützenpanzer in der Nähe von Wohnhäusern in Slawnoje;

zwei Schützenpanzer in einem Wohngebiet in Krasnogorowka;

zwei Panzerschlepper und ein Abwehrgeschütz SU-23 in der Nähe von Wohnhäusern in Krasnogorowka.

Wir rufen die Einwohner der von Kiew besetzten Territorien auf, die Stationierung von Waffen und Militärtechnik in der Nähe ihrer Häuser und von Objekten der zivilen Infrastruktur nicht zuzulassen. Informieren sie über alle solchen Fälle die Mitarbeiter der OSZE-Mission (Angabe von Telefonnummern und E-Mail-Adresse).

Nur die öffentliche Bekanntmachung von Verbrechen der ukrainischen Kämpfer wird es erlauben, das eigene Leben und das von Verwandten und Freunden zu schützen.

Die ukrainischen Kämpfer verletzen weiter das Mandat der OSZE-Mission, indem sie das Monitoring mit Drohnen der Mission auf dem von der Ukraine kontrollierten Territorium behindern.

Um die Entdeckung von verbotenen Waffen der 30., 72., 28., 93. und 128. Brigade zu verhindern, hat der Gegner aktiv Stationen zur Funkblockade „Bukowel-AD“ aus dem Bestand mobiler Gruppen des 305. und 502. Bataillons für elektronische Kriegsführung

eingesetzt.

In der letzten Woche wurden sieben Fälle der Blockade von Leitungs- und Navigationskanälen von Drohnen der OSZE-Beobachter entlang der ganze Kontaktlinie in den Gebieten folgender Ortschaften festgestellt: Slawnoje, Kremenewka, Krasnogorowka, Marjinka, Wodjanoje, Mironowskij.

Die ukrainischen bewaffneten Formationen erleiden weiter nicht kampfbedingte Verluste unter dem Personal.

So betrogen im Zeitraum vom 7. bis 12. August in den Verbänden und Truppenteilen der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ die nicht kampfbedingten Verluste zwei Mann, ein Toter und ein Verletzter:

Am 7. August kam der Fahrer eines Tankklusters bei der Fahrt einer Technikkolonnen des 1. Bataillons zur Eisenbahnstation Krasnoarmejsk nicht mehr der Lenkung zurecht, fuhr von der Straße ab und kollidierte mit einem Baum, dabei überschlug er sich. Infolge des Verkehrsunfalls starb der Fahrer, der Kommandant des Fahrzeugs erlitt zahlreiche Verletzungen und Knochenbrüche.

Wir stellen weiter fest, dass die Unfähigkeit der unterstellten Kommandeure der ukrainische Streitkräfte, nicht kampfbedingte Verluste unter dem Personal zu verhindern, vom Stab der OOS zur Fälschung von Berichtsdaten und zur Beschuldigung der Einheiten der Volksmiliz der DVR in Bezug auf Beschüsse genutzt wird.

Unsere Aufklärung hat genauere Informationen über den Fall vorsätzlichen Inbrandsetzens von Heu in einem landwirtschaftlichen Unternehmen im Dorf Kropiwnizkoje am 8. August erhalten.

So waren an diesem Terrorakt, der den Zweck hatte, die Führung des landwirtschaftlichen Betriebs zu zwingen, zuzulassen, dass auf ihrem Territorium bewaffnetes Personal und Technik stationiert werden, Kämpfer der Bewegung „Totaler Widerstand“ beteiligt, die von der nationalistischen Organisation „Zenturia“ gegründet wurde, die vom ehemaligen Leiter des Regiments „Asow“ Bilezkij angeführt wird.

Nach vorliegenden Informationen wird zurzeit in Busowaja und im Kapitanowka in der Oblast Kiew die Anwerbung von Rekruten organisiert, um mit diesen Übungen zur militärischen Ausbildung durchzuführen und sie anschließend in die OOS-Zone zu schicken. Als Übungsplatz in der Oblast Donezk wurde der betroffene landwirtschaftliche Betrieb in Kropiwnizkoje gewählt.

Es ist wichtig anzumerken, dass analoge Übungsmaßnahmen vor der Entsendung in die OOS-Zone auch in anderen nationalistischen bewaffneten Formationen stattfinden. Die wichtigsten davon sind der „Medshlis des krimtatarischen Volks“, der ein militärisches Ausbildungslager in Baltasarowka in der Oblast Cherson an der Grenze zu Krim errichtet hat, und „Tradition und Ordnung“, die militärische Übungen in der Oblast Odessa durchführen.

Wir schließen nicht aus, dass vor dem Hintergrund der Entfernung des wichtigsten Schutzherrn der ukrainischen Nationalisten, Awakow, aus seinem Amt, die in der Konfliktzone eingetroffenen Kämpfer versuchen, ihren „wahren Patriotismus“ durch Destabilisierung der Lage durch Beschuss von Ortschaften der DVR und Positionen der Volksmiliz mit ihnen zur Verfügung stehenden Mörsern, die auf Pickups und kleinen Lastwagen installiert sind, zu demonstrieren.

Wir rufen die ukrainische Seite auf, die Kontrolle über ihre ungesetzlichen bewaffneten Formationen zu verstärken und eine Eskalation des Konflikts, die zu enormen Verlusten in erster Linie von Seiten der Ukraine führen wird, nicht zuzulassen.

Vor dem Hintergrund einer aktiven Ausbildung von Nationalisten für Kampfhandlungen stellt das Kommando der ukrainischen Streitkräfte weiter ein Absinken des moralisch-psychischen Niveaus seiner Soldaten und deren absoluten Unwillen zu kämpfen fest.

So haben gemäß Dokumenten, die wir aus dem Stab der OOS erhalten haben, allein im ersten

Halbjahr 2021 in den Verbänden und Truppenteilen in der Konfliktzone 3280 Soldaten eigenmächtig den Truppenteil verlassen, davon konnten 2187 festgenommen werden, nach 1093 wird noch gefahndet.

Dabei dominieren bei den Ursachen für die Flucht der Wunsch, bei Arbeiten in Kiew und in Europa höhere Löhne zu erhalten, sowie das geringe Versorgungsniveau und die Möglichkeit in der Folge von erwidertem Feuer von Seiten der Volksrepubliken zu sterben oder verletzt zu werden.

Derzeit arbeitet in den Verbänden und Truppenteilen eine mobile Gruppe zur moralisch-psychischen Betreuung des militärischen Rechtsordnungsdienstes, um das Personal zu überprüfen und auf psychische Abweichungen und Konsum von Drogen zu testen.

Im Unterschied zu unserem Gegner verfügen die Einheiten der Volksmiliz über ein hohes moralisch-psychisches Niveau und vervollkommen weiter ihre Fertigkeiten.

So fanden auf den Übungsplätzen der Republik Übungen mit Besatzungen, Mannschaften und Soldaten verschiedener Truppengattungen statt.

Wettbewerbe fanden zwischen Besatzungen von Schützenpanzern, Artilleriemannschaften, Maschinengewehrschützen und Soldaten von Pionierabteilungen statt.

Bei den Übungen erlernten und übten die Soldaten Normative zur Einnahme von Feuerpositionen, deren Vorbereitung für Schüsse und Schießen auf Ziele.

Außerdem wurden in einer der Abteilungen der Volksmiliz zweiseitige taktische Kompanieübungen durchgeführt, bei denen Fragen der Verteidigung mit Übergang zum Gegenangriff bearbeitet wurden.

Das Personal zeigte hohe Fertigkeiten und Fähigkeiten bei der Ausführung der Übungsaufgaben.

snews.de: **Internationaler Strafgerichtshof: Voraussetzung für Verfahren gegen Maduro-Regierung gegeben**

Venezuelas Regierung unter Präsident Nicolás Maduro habe „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ etwa beim Vorgehen gegen die Opposition in dem Land begangen. Somit falle dies in die Zuständigkeit des Weltstrafgerichts. Das geht aus dem Bericht der damaligen Chefanklägerin des Internationalen Strafgerichtshofs, Fatou Bensouda, hervor.

Bensouda wirft Caracas unter anderem Inhaftierung, Folter, sexuelle Gewalt sowie die Verfolgung einer Gruppe aus politischen Gründen vor. Die venezolanischen Behörden seien nicht gewillt, in solchen Fällen zu ermitteln oder zu urteilen, heißt es in dem Zwischenbericht, der im Juni abgeschlossen und nun veröffentlicht wurde.

Außerdem vermisst sie Unabhängigkeit und Unparteilichkeit im venezolanischen Justizsystem. „Die Chefanklägerin des Internationalen Strafgerichtshofs unterstreicht, was wir seit Jahren anprangern“, schrieb der Außenbeauftragte der Opposition, Julio Borges, auf Twitter am Donnerstag.

Ob nun ein offizielles Ermittlungsverfahren gegen Caracas eröffnet wird, liegt nun in der Entscheidungsgewalt des Nachfolgers von Bensouda, Karim Khan. Der Internationale Strafgerichtshof ist für vier Kernverbrechen des Völkerstrafrechts zuständig: Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Verbrechen der Aggression und Kriegsverbrechen.

Venezuela widerspricht den Darstellungen und bezeichnet diese als „wertlose Anschuldigungen“. Bensouda habe auf „verantwortungslose Weise“ die Kooperation der Generalstaatsanwaltschaft ignoriert, teilte der venezolanische Generalstaatsanwalt Tarek William Saab am Donnerstag auf Twitter mit. „Wir arbeiten nun zur Ergänzung eng mit dem neuen Chefankläger zusammen“, so Saab.



https://cdn.snnews.de/img/07e4/0c/02/52667_0:116:2793:1687_1920x0_80_0_0_3bb8406cf6ced0d500636b4745074c94.jpg

de.rt.com: **Russland: Zwei oppositionelle Aktivisten zu mehr als zehn Jahren Haft verurteilt**

Die ehemalige Koordinatorin der von Michail Chodorkowski gegründeten Organisation Open Russia und ihr Mann wurden je zu mehr als zehn Jahren Gefängnis verurteilt. Ihnen wurde Drogenhandel und Brandstiftung vorgeworfen. Die Angeklagten halten den Fall für politisch motiviert.

Das Gericht der russischen Stadt Pskow hat die Urteile im Prozess gegen die ehemalige Koordinatorin der Organisation "Open Russia" Lija Miluschkina und ihren Ehemann Artjom Miluschkin verkündet. Sie wurde wegen Drogenhandels zu zehneinhalb Jahren Haft in einer Kolonie des allgemeinen Regimes verurteilt. Artjom Miluschkin, der ebenfalls mit "Open Russia" in Beziehung stand, erhielt elf Jahre Gefängnis in einer strengen Regimekolonie. Neben dem Verkauf von Drogen wurde ihm vorgeworfen, Brandstiftung organisiert zu haben. "Open Russia" wurde kürzlich von seinem Gründer, dem ehemaligen russischen Oligarchen Michail Chodorkowski, aufgelöst. Dies geschah, nachdem die in Großbritannien registrierte Organisation Open Russia Civic Movement in Russland als unerwünschte Organisation anerkannt wurde.

Die Beweise für die Anklage im Prozess basierten auf den Aussagen der Komplizen von Artjom Miluschkin, die behaupteten, Drogen von den Ehepartnern gekauft zu haben. Die Anwälte der Angeklagten erklärten, das Gericht habe alle Argumente der Verteidigung ignoriert und der Untersuchung voll und ganz zugestimmt.

Während der Urteilsverkündung zerstörte Miluschkin in seiner Zelle zwei Bänke. Die Urteilsverkündung musste daraufhin unterbrochen, der Aktivist herausgeholt und mit Handschellen gefesselt werden.

Zwei Komplizen der Brandstiftung, die gegen die Ehepartner Miluschkin aussagten, wurden zu kürzeren Haftstrafen verurteilt. Stanislaw Pawlow erhielt ein Jahr und zwei Monate und Denis Truchan ein Jahr auf Bewährung.

Im Januar 2019 hatten die Ermittler ein Strafverfahren gegen Miluschkina und ihren Ehemann eröffnet. Während der Vernehmungen wiesen die Angeklagten jegliche Schuld von sich.

Miluschkina war im Jahr 2018 Koordinatorin von Open Russia im Gebiet Pskow geworden. Zu Beginn der Ermittlungen stand Miluschkina unter Hausarrest, im Oktober 2020 hob das Gericht diesen auf und ersetzte ihn durch eine weichere Maßnahme – ein Verbot bestimmter Handlungen. Ihr Ehemann Artjom Miluschkin blieb in Untersuchungshaft.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.08/article/61165259b480cc4988727ca0.jpg>

mil-lnr.su: Pressekonferenz des Leiters der Volksmiliz der LVR Oberst Ja. W. Leschtschenko über die Lage an der Kontaktlinie vom 7. bis 13. August 2021

Heute informiere ich über die Lage an der Kontaktlinie und ziehe die Bilanz der letzten Woche.

In den letzten 24 Stunden wurde eine Verletzung des zweiten Punkts der Zusatzmaßnahmen zur Verstärkung und Kontrolle des geltenden Regimes der Feueereinstellung festgestellt.

In **Richtung Debalzewo** haben Strafruppen des 2. Bataillons der 30. Brigade in Ausführung eines verbrecherischen Befehls Sinewitschs von den Positionen im Gebiet von Luganskoje aus **Kalinowka** mit einem Antipanzergranatwerfer beschossen.

In der letzten Woche wurden 12 Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung von Seiten des Gegners in Richtung Popasnjaja, Slawjanoserbsk und Debalzewo festgestellt, wobei **acht Ortschaften beschossen** wurden. ...

Infolge eines Terrorakts von Seiten ukrainischen Kämpfer **erlitt eine Einwohnerin von Golubowskoje, geb. 1966, schwere Verletzungen**. Die Verletzte wurde in das Lugansker Republikanische klinische Krankenhaus eingeliefert, wo sie ärztlich behandelt wird.

Durch Beschuss in Richtung Debalzewo wurde **ein Soldat der Volksmiliz der LVR verletzt**. Derzeit befindet er sich in einer medizinischen Einrichtung und wird qualifiziert ärztlich behandelt. ...

Die nicht kampfbedingten Verluste unter den Soldaten der BFU betragen in der letzten Woche sechs Mann, darunter ein Toter. ...

snanews.de: Litauen setzt Armee an Grenze zu Weißrussland ein

Um dem Zustrom illegaler Migranten zu widerstehen, will Litauen nun die Armee an der Grenze zu Weißrussland einsetzen. Präsident Gitanas Nauseda hat am Freitag einen entsprechenden Erlass unterzeichnet. Das geht aus der Webseite seiner Pressestelle hervor. Zuvor hatte das Parlament um den Einsatz ersucht.

Soldaten der litauischen Streitkräfte erhalten darüber hinaus im Grenzgebiet erweiterte Rechte. Dies werde ermöglichen, die Staatsgrenze effektiv zu schützen ohne einen Ausnahmezustand einzuführen, hieß es in einer Pressemitteilung. So dürfen die Soldaten nun Fahrzeuge und Menschen stoppen und durchsuchen. Ihre Handlungen werden aber mit Grenzschutz und Geheimdienst koordiniert. Auch der Einsatz von „Spezialausrüstung“ sei erlaubt.

Vor einer Woche hatte auch Weißrussland einen verstärkten Schutz an seiner Grenze zu Litauen angekündigt und zusätzliche Einheiten stationiert. Minsk wirft dem baltischen Staat vor, Migranten, deren Ziel EU-Länder sind, organisiert an die weißrussische Grenze

zurückzuschicken.

Litauen kämpft seit Wochen mit einem verstärkten Zustrom von Migranten. Offiziellen Angaben zufolge haben litauische Behörden seit Jahresbeginn mehr als 4.000 illegale Grenzgänger festgenommen. Das ist um das 50-Fache mehr als im ganzen Jahr 2020. Die litauische Regierung hat die Asylregelungen verschärft und mit dem Bau eines Grenzzauns begonnen. Außerdem hat das Land die EU um Hilfe gebeten. Am 3. August begannen litauische Grenzbeamte, illegale Migranten nach Weißrussland zurückzuschicken. Innenministerin Agne Bilotaite sagte am Freitag, die Lage habe sich in den vergangenen Tagen stabilisiert.

Weißrusslands Präsident Alexander Lukaschenko hatte Ende Mai als Reaktion auf die westlichen Sanktionen angekündigt, Flüchtlinge aus Kriegsgebieten auf ihrem Weg in die EU passieren zu lassen. Seit Anfang Juli melden die Länder in der Nachbarschaft von Belarus einen erhöhten Zustrom illegaler Migranten.

abends:

deu.belta.by: **Lukaschenko kommentiert politische Krise in Litauen**

Der belarussische Präsident Alexander Lukaschenko hat heute das Agrarstädtchen Tichinitschi im Kreis Rogatschow besucht. Im Gespräch mit den Einwohnern war er auf die Migrationskrise in Litauen eingegangen.

„Wir haben viel Geld ausgegeben, um unsere Grenzen zu Litauen und Polen vor illegaler Migration zu schützen. Der Westen wollte gegen uns Sanktionen einführen. Als erstes wurde die Finanzierung von Aufnahmestellen für Migranten und Flüchtlinge eingestellt. Werde ich etwa aus meiner Tasche den Bau dieser Zentren finanzieren? Nein. Nun wurden gegen Belarus Sanktionen verhängt - und ich soll den Westen vor Illegalen schützen? Ihr habt sie wohl nicht alle! Die Flüchtlinge wollen nach Europa, Europa hat sie zu sich gerufen – dann nehmt sie auf! Auch das hat nicht funktioniert... In Litauen halten sich derzeit rund 5000 Migranten auf. Sie werden dort gehalten wie... In Belarus geht man mit dem Vieh besser um. Sie bekommen kein Essen, dabei sind unter Migranten sehr viele Frauen mit Kindern. Manche werden an der Grenze gelassen. Wir holen sie ab, heilen und retten sie, was sollen wir tun?“, sagte der Präsident.

„Litauen befindet sich in einer politischen Krise. Man sagt nicht umsonst: Wer anderen eine Grube gräbt, fällt selbst hinein“, betonte Alexander Lukaschenko.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2021/000019_1628870475_58071_big.jpg

de.rt.com: **Experten: US-Luftabwehreinheiten in der Ukraine "würden Russland zum Handeln zwingen"**

Die ukrainische Regierung bietet den USA an, Luftabwehrsysteme auf ihrem Territorium zu stationieren. Russland betrachtet dies als eine Provokation – und als Beweis für Pläne, die Kräftebalance noch über die Region hinaus zu stören.

Die Aufrufe einiger ukrainischer Regierungsmitglieder zur Stationierung von US-Luftabwehrsystemen auf ukrainischem Staatsgebiet zeigen den vorsätzlich provokativen Charakter der Politik in Kiew. Dies erklärte die offizielle Vertreterin des russischen Außenministeriums Maria Sacharowa. Sie reagierte damit auf ein entsprechendes Statement aus Kiew, das am 10. August veröffentlicht wurde. In dieser Erklärung hatte der stellvertretende ukrainische Ministerpräsident für Fragen der Reintegration von Donezk und Lugansk Alexei Resnikow, das Auftauchen von US-Luftabwehrsystemen in der Ukraine samt Militärpersonal für nicht ausgeschlossen erklärt. Analytiker erinnern: Dies ist nicht das erste Mal, dass Kiew um solche Waffen bittet, aber in Washington ignorierte man diese Bitten bisher. Im Ersten Russischen Fernsehen bewertete Sacharowa das so:

"Dieser Fall scheint mir der Beweis zu sein ... für die provokative Politik der Ukraine sowohl in der Region als auch gegenüber Russland. Dies ist ein Beweis für die Absichten der Vereinigten Staaten hinter der Art der Beziehungen, die sie mit der Ukraine aufbauen – wo doch der russische Faktor im Mittelpunkt dieser Beziehungen steht."

Auch Leonid Sluzki, Vorsitzender des Ausschusses für internationale Angelegenheiten in der Staatsduma, äußerte sich ähnlich. In seinem Telegram-Kanal bezeichnete der Parlamentarier die Worte Resnikows als grobe Provokation: "Resnikows Erklärung ist eine grobe Provokation. Eine Stationierung von US-Luftabwehrsystemen in der Ukraine könnte das Gleichgewicht der Kräfte nicht nur in der Region, sondern noch über die Grenzen der Region hinaus verändern."

"Russland hat das Asowsche Meer besetzt und will Atomwaffen auf die Krim bringen! Erbitten US-Luftabwehr!"

Die betreffende Erklärung des stellvertretenden ukrainischen Ministerpräsidenten erfolgte nach dessen Treffen mit dem Präsidenten der Jamestown Foundation, Glen Howard. Darin heißt es:

"Wichtig ist, das Sicherheitspaket für die Ukraine auszuweiten, vor allem durch Indienststellung von Luftverteidigungskräften – sogar durch die Stationierung von Einheiten des US-Militärs. Unsere Gesetzgebung erlaubt dies."

Ferner besagt die Erklärung, die Russische Föderation habe "das Asowsche Meer besetzt und das Gleichgewicht im Schwarzen Meer völlig verändert, es komplett militarisiert":

"Wir sind besonders besorgt über die Maßnahmen Russlands zur Vorbereitung der Krim auf die Indienststellung von Atomwaffen dort; gerade gestützt auf die Krim führt Russland militärische Operationen im Nahen Osten und in Afrika durch, übt Einfluss auf den Balkan aus."

Popanz für ukrainischen innenpolitischen Gebrauch

Nach Ansicht Konstantin Blochins, eines führenden Wissenschaftlers am Zentrum für Sicherheitsforschung der Russischen Akademie der Wissenschaften, entbehrt Resnikows Aussage über Atomwaffen auf der Krim jeglicher Grundlage. Im Gespräch mit RT erinnerte Blochin an die Reichweiten der heutigen Nuklearwaffenträger:

"Das ist Desinformation. Es ist schwer vorstellbar, wozu die Russische Föderation Nuklearwaffen auf der Krim dislozieren würde. Hier gibt es keine Logik. Es gibt doch Interkontinentalraketen und andere Träger. Es besteht keine Notwendigkeit, sie auf der Krim zu stationieren. Solche Aussagen sind höchstwahrscheinlich für das inländische Publikum bestimmt, um das Feindbild Russland aufrechtzuerhalten."

US-Militärhilfen und der Traum der ukrainischen "Patrioten"

Die Initiative Resnikows zur Stationierung US-amerikanischer Luftabwehrsysteme in der Ukraine wurde bereits von der ukrainischen Präsidentschaftsverwaltung kommentiert.

Sergei Nikiforow, Pressesprecher des ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskij, merkte bei einer Pressekonferenz an, dass die Äußerungen Alexei Resnikows "noch" nicht als offizielle Position Kiews angesehen werden sollten:

"Ich denke, dass diese Aussage von Herrn Resnikow nicht als Absicht, sondern als eine hypothetische Möglichkeit zur Stärkung der Sicherheit in der Ukraine interpretiert werden sollte."

Erwähnenswert, dass dies nicht der erste derartige Vorstoß ukrainischer Regierungsbeamter ist.

Erst im April 2021 meinte der Leiter des ukrainischen Präsidentschaftsamtes Andrei Jermak in einem Gespräch mit der US-Zeitschrift Time, dass die USA Patriot-Flugabwehrraketensysteme in der Ukraine stationieren sollten:

"Die Ukraine hält die Verteidigung gegen Russland nicht nur für sich selbst aufrecht, sondern auch für den Westen. Doch wo stationieren die USA ihre Patriot-Raketen? Die nächstgelegenen befinden sich in Polen. Doch befinden sollten sie sich hier!"

Er erklärte allerdings nicht, wie der wahrscheinliche Patriot-Einsatz aussehen sollte: Experten gingen davon aus, dass nach den Hoffnungen in Kiew entweder im Rahmen der US-Militärhilfen eine kostenlose Lieferung für das ukrainische Militär erfolgen sollte oder aber Kiew bei Abschluss eines kommerziellen Liefervertrages einen satten Rabatt erhalten würde – als "Spezialpartner" der Vereinigten Staaten.

Eine ähnliche Erklärung wurde schon im Jahr 2018 vom damaligen ukrainischen Verteidigungsminister Stepan Poltorak abgegeben. Er forderte die Regierung auf, Mittel für den Kauf von Patriot-Systemen bereitzustellen: Ihm zufolge würde die Lieferung dieses Systems an die Ukraine ermöglichen, ihre Grenze zu Russland sicher zu schließen.

Poltorak schätzte den Bedarf der ukrainischen Armee an Patriot-Luftabwehrsystemen auf fünf Divisionen ab. Er schlug vor, das Geld für die Anschaffung eines solch teuren Systems aus der Schmuggelbekämpfung zu nehmen:

"4 Milliarden US-Dollar würden uns ausreichen, um fünf Divisionen des US-Luftabwehrsystems Patriot zu kaufen und die Grenze zu Russland vollständig zu schließen."

In jenem Jahr wurde das Thema möglicher Patriot-Lieferungen an die Ukraine im Rahmen eines Treffens der Präsidenten der USA und der Ukraine auf dem NATO-Gipfel besprochen, sowie bei Gesprächen, die die Ukraine mit John Bolton als dem Berater für Nationale Sicherheit des damaligen US-Präsidenten Donald Trump führte. Im August 2018 fragte Kiew in Washington, D.C. definitiv den Kauf des Patriot-Luftabwehrsystems an, was jedoch ohne Antwort blieb.

Doch im Gegensatz zu Alexei Resnikow forderten weder Poltorak noch Jermak bei ihren Vorstößen nebst den Luftabwehrsystemen auch noch eine Stationierung von US-Truppen in der Ukraine.

In Washington reagierte man auf diese Vorschläge bisher in keiner Weise. Analytikern zufolge leisten die Vereinigten Staaten jedoch ohnehin – auch ohne die Lieferung von Luftabwehrsystemen – bereits beträchtliche militärische Unterstützung für die Ukraine. Insbesondere erhält die Ukraine regelmäßig Tranchen aus dem US-Haushalt für ihren militärischen Bedarf. Washingtons Begründung dafür ist die Abwehr einer angeblichen "russische Aggression".

Für diesen Zweck wurden der Ukraine in den Jahren 2017 und 2018 jeweils 350 Millionen US-Dollar, im Jahr 2019 "nur" 250 Millionen und im Jahr 2020 wieder 300 Millionen US-Dollar bewilligt. Im März dieses Jahres wurde bekannt, dass die US-Regierung unter Joe Biden beschloss, der Ukraine weitere 125 Millionen US-Dollar im Rahmen eines neuen Pakets an Militärhilfen zu gewähren.

Darüber hinaus liefern die USA der Ukraine Javelin-Panzerabwehrsysteme, Patrouillenboote,

Tauchausrüstung, Wärmebildkameras, Kommunikationsausrüstung und weitere militärische Güter.

Auch entsenden die USA regelmäßig Ausbilder in die Ukraine, um das dortige Militär gemäß NATO-Standards zu schulen.

"Nunmehr nichtsbedeutendes Dokumentlein – die Verfassung der Ukraine"

Analytiker halten eine Lieferung von US-Luftabwehrsystemen an die Ukraine in absehbarer Zeit für ebenso unwahrscheinlich wie die Stationierung solcher Systeme zusammen mit Militärpersonal aus den USA auf ukrainischem Gebiet. Gleichwohl sei eine solche Möglichkeit jedoch nicht völlig auszuschließen. Der ukrainische Politologe Alexander Semtschenko argumentierte in einem Gespräch mit RT:

"Dies ist eine Aussage mit dem Ziel der Provokation. Doch es sollte klar sein, dass diese Idee theoretisch realisierbar ist. Es gab unglaubliche Dinge, von denen schwer vorstellbar war, dass so etwas möglich sei: Zum Beispiel die NATO in Polen, Litauen und Estland. Es war schwer vorstellbar, aber es ist geschehen. Natürlich werden sie es nicht in ein oder zwei Jahren schaffen – aber auf mittelfristige Perspektive, in fünf bis zehn Jahren, ist es durchaus möglich."

Dabei laufen nach Einschätzung des Experten Resnikows Äußerungen über eine angebliche Möglichkeit, US-Militärpersonal zusammen mit den Luftabwehrsystemen in der Ukraine zu stationieren, der Verfassung des eigenen Landes zuwider. In dieser heißt es, dass auf ukrainischem Territorium "keine ausländischen Militärstützpunkte platziert werden dürfen": "Dies ist eine Provokation nicht nur gegen Russland, sondern auch gegen das ukrainische Volk. Es gibt da so ein nunmehr unbedeutendes Papierchen – die Verfassung der Ukraine. Darin gibt es ein direktes Verbot der Stationierung ausländischer Truppen auf dem Hoheitsgebiet der Ukraine. Was der stellvertretende Ministerpräsident vorschlägt, ist eine gleichgültige Haltung gegenüber dem Grundgesetz."

"Moskau schaut genau hin" und wird zum Handeln gezwungen sein

Konstantin Blochin ist der Ansicht, dass ein Auftauchen von US-Militärinfrastruktur auf dem Territorium der Ukraine bedeuten würde, dass Washington und Kiew eine rote Linie überschritten haben:

"Nach dem Ende des Kalten Krieges gab es eine unausgesprochene Vereinbarung zwischen Russland und dem Westen, dass die Ukraine ein zumindest neutrales Land sein wird. Doch im Jahr 2014 beschloss die US-amerikanische Elite, die Ukraine in den Westen hinüberzuziehen. Und für Russland ist dieses Thema eine rote Linie. Das Problem ist dabei nicht, dass die Ukraine prowestlich geworden ist oder dass Russland an Einflussbereich verliert – sondern dies ist eine Sicherheitsfrage. Denn eine solche militärische Infrastruktur des Westens auf dem Territorium der Ukraine stellt eine unmittelbare Bedrohung für die nationale Sicherheit Russlands dar."

Gleichzeitig wies Konstantin Blochin darauf hin, dass man in Russland alle daraus erwachsenden Risiken im Blick behält und die Lage beobachtet:

"Moskau beobachtet die Geschehnisse in der Ukraine sehr genau und betrachtet die mögliche Stationierung von US-Luftabwehrsystemen in der Ukraine als Bedrohung für seine nationale Sicherheit. Wir haben die bittere Erfahrung mehrerer Erweiterungswellen der NATO vor unseren Augen, die nach dem Zusammenbruch der UdSSR stattfanden. Wenn ein solches Szenario in der Ukraine eintritt, werden wir handeln müssen. Für uns ist dies ein äußerst wichtiger Faktor bei politischen Entscheidungen."



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.08/article/6116158048fbef3f5405696e.JPG>